

Maslaton
Windenergieanlagen

Windenergieanlagen

Ein Rechtshandbuch

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Maslaton

Rechtsanwalt in Leipzig

Bearbeitet von

Dr. Michael Damnitz, Rechtsanwalt in Aschaffenburg; *Simon Ehmen*, Rechtsreferendar in Leipzig; *Markus Langsdorf*, Regierungsdirektor in Darmstadt; *Prof. Dr. Martin Maslaton*, Rechtsanwalt in Leipzig; *Moritz Müller*, Rechtsanwalt in Leipzig; *Dr. Helmut Parzefall*, Ministerialrat in München; *Dr. Elisabeth Rademacher*, Ministerialrätin in München; *Dr. Axel Röpke*, Rechtsanwalt in Hamburg; *Ingolf Sonntag*, Rechtsanwalt in Leipzig

3. Auflage 2026



Zitiervorschlag: Maslaton Windenergieanlagen/Bearbeiter Kap. 1 Rn. 1
Stand der Gesetzgebung: Juli 2025

beck.de

ISBN 978 3 406 81479 2

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG,
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Geleitwort

Diese dritte Auflage des Rechtshandbuchs „Windenergieanlagen“ greift die dynamischen Entwicklungen der letzten Jahre in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Praxis auf und strukturiert sie systematisch entlang vier zentraler Themenkomplexe: Teil A behandelt umfassend die öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen – von der neuen Raumordnungs- und Genehmigungsdogmatik über das Wind-an-Land-Gesetz und die Reform des § 249 BauGB bis zu Fragen der militärischen Belange, des Artenschutzes und der Denkmalschutzabwägung. Teil B widmet sich den zivil- und wirtschaftsrechtlichen Verhältnissen, insbesondere der vertraglichen Grundlage von Projektierung und Betrieb sowie der kommunalen Beteiligung. In Teil C stehen die Stromvermarktung im EEG-System und das Zusammenspiel mit Netzzugang, Ausschreibungen und Sonderregeln für Bürgerenergiegesellschaften im Vordergrund sowie die Analyse der sich dynamisch entwickelnden außerförderlichen Direktvermarktung einschließlich PPA. Der neue Teil D beleuchtet systematisch die rechtlichen Grundlagen, Planungs- und Zulassungsverfahren sowie die wirtschaftlichen Parameter der Offshore-Windenergie im deutschen und europäischen Kontext. Damit bietet dieses Werk sowohl einen tiefgreifenden juristischen Überblick als auch eine praxisorientierte Aufbereitung der für Planung, Genehmigung, Betrieb und Vermarktung von Windenergieanlagen relevanten Normenlagen.

Doch dieses Buch ist mehr als eine juristische Systematisierung – es ist Ausdruck einer strategischen Notwendigkeit. Die Energiefrage ist längst zur Frage staatlicher Handlungsfähigkeit und europäischer Resilienz geworden. In einer Zeit, in der die Energieversorgung gezielt Gegenstand geopolitischer und hybrider Auseinandersetzungen geworden ist, rückt die Unabhängigkeit der Energieproduktion ins Zentrum sicherheits- wie auch klimapolitischer Erwägungen. Die Realität der Klimakrise ist ebenso wenig zu leugnen wie die sicherheitspolitischen Erschütterungen durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die grüne, importunabhängige Energiewirtschaft ist dabei keine Nische mehr, sondern infrastrukturelle Daseinsvorsorge. Gerade im Kontext des aktuellen Koalitionsvertrags der Regierung unter Bundeskanzler Merz zeigt sich: Die Energiewende wird zunehmend als gesamtstaatlicher Auftrag verstanden, der beschleunigt, entschlackt und entschlossen umgesetzt werden muss. Dieses Werk versteht sich daher auch als Beitrag zur verteidigungspolitischen Resilienz, nicht im engen Sinne militärischer Logik, sondern im umfassenden Sinne gesellschaftlicher und staatlicher Selbstbehauptung. Auch heute ist und bleibt das Buch hierfür vor allem eines: eine exzellente Handreichung für die gesamte Energiebranche, für Genehmigungsbehörden, Investoren, Kommunen, die Anwaltschaft – für alle, die das System der Windenergie rechtssicher, resilient und erfolgreich gestalten wollen.

Prof. Dr. Martin Maslaton
Rechtsanwalt

Bearbeiterverzeichnis

- Dr. Michael Damnitz,
Rechtsanwalt in Aschaffenburg Kapitel 12
- Simon Ehmen,
Rechtsreferendar in Leipzig Kapitel 11; 13–15; 18; 19
- Markus Langsdorf,
Regierungsdirektor in Darmstadt Kapitel 3 I.-II., IV.-VI.
- Prof. Dr. Martin Maslaton,
Rechtsanwalt in Leipzig Kapitel 1; 2.I., II., IV, V.; 8, 20–23
- Moritz Müller,
Rechtsanwalt in Leipzig Kapitel 2.V; 4–6
- Dr. Helmut Parzefall,
Ministerialrat in München Kapitel 2.III
- Dr. Elisabeth Rademacher,
Ministerialrätin in München Kapitel 7
- Dr. Axel Röpke,
Rechtsanwalt in Hamburg Kapitel 20–23
- Ingolf Sonntag,
Rechtsanwalt in Leipzig Kapitel 11; 16–18

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIX

Teil A. Windenergieanlagen (WEA) im öffentlichen Recht

Kapitel 1: Alte und neue Rechtslage: Überblick	1
I. Einführung in das neue Planungsrecht (WindLandG)	2
1. Bedeutung des Planungsrechts für Projektierer	2
2. Scheitern der Konzentrationsflächenplanung	2
3. Verbindliche Flächenziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG)	4
4. Striktes Anreiz- und Sanktionierungsregime	5
II. Novelle des Zulassungsrechts (BImSchG-Novelle)	7
1. Einführung in das BImSchG	7
2. Verfahrensarten	8
3. Hindernisse für den Windenergieausbau	10
4. Erste Maßnahmen durch BImSchG-Novelle	10
5. Weitere Erleichterungen im materiellen Recht	13
Kapitel 2: Planungsrecht auf Bundes- und kommunaler Ebene	13
I. Kompetenzen	15
II. § 2 EEG 2023 als überformendes Recht	17
1. Telos	17
2. Dogmatische Einordnung	19
3. Bisherige Rechtsprechung	21
III. Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (Wind-an-Land-Gesetz – WindLandG)	24
1. Gesetzgebersicher Hintergrund des WindLandG: Verbesserung der für den stagnierenden Windenergie-Ausbau mitverantwortlichen rechtlichen Rahmenbedingungen	24
(1) Bisherige Planungsmethodik in Form der sogenannten „Substanzrechtsprechung“	25
(2) Anforderungen des Artenschutzes	25
2. Systematik des WindLandG	26
(1) Gliederung des WindLandG	26
(2) Gesetzeszweck und -systematik	26
3. Einzelregelungen des WindBG	27
(1) Ziel des Gesetzes (§ 1 WindBG)	27
(2) Begriffsbestimmungen, insbesondere von Windenergiegebieten (§ 2 WindBG)	28
(3) Verpflichtungen der Länder (§ 3 WindBG)	28
(4) Anrechenbare Flächen (§ 4 WindBG)	29
(5) Feststellung und Bekanntmachung des Erreichens der Flächenbeitragswerte (§ 5 WindBG)	30
(6) Evaluierung (§ 7 WindBG)	31

4. Weg von der Konzentrationsflächenplanung, hin zur „Positivplanung“ (§ 249 BauGB nF)	31
(1) Die Grundsystematik § 249 Abs. 1 iVm Abs. 2 und 7 BauGB	31
(2) Begleitende Regelungen in § 249 Abs. 3–9 BauGB	32
5. Die Sonderregelung des § 6 WindBG: Paradigmenwechsel im Artenschutz	33
(1) Auswirkungen auf Genehmigungsverfahren	33
(2) Auswirkungen auf Planungsverfahren	33
IV. Zulässigkeit von Windenergieanlagen	35
1. Qualifizierter Bebauungsplan (§ 30 Abs. 1, 2 BauGB)	35
(1) Rechtswirkung	35
(2) Zulässigkeit im Plangebiet	36
(3) Kooperative Planaufstellung	38
2. Außenbereich (§ 35 BauGB)	38
(1) Definition	38
(2) Einfacher Bebauungsplan (§ 30 Abs. 3 BauGB)	39
(3) Windenergieprivilegierung	40
(4) Nicht-privilegierte Vorhaben	41
3. Flächennutzungsplan – Steuerungswirkung	42
(1) Stellung im Gefüge der Bauleitplanung	42
(2) Unvereinbarkeit mit Darstellungen	43
(3) Planvorbehalt: Ausweisung an anderer Stelle	44
V. Entgegenstehende Belange in § 35 BauGB	46
1. Vorbemerkung	46
2. Schallimmissionen	48
(1) Bindungswirkung	49
(2) Anwendbarkeit auf Windenergieanlagen	49
(3) Bestimmung der Immissionsrichtwerte	49
(4) Berechnungsmethodik	50
(a) Lärmprognose nach TA Lärm	50
(b) Lärmprognose nach Interimsverfahren	51
(c) Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis	51
(5) Genehmigungsfähigkeit trotz Richtwertüberschreitung	52
(6) Einwirkungsbereich	53
3. Schattenwurf	55
4. Infraschall, Mikroplastik und Kohlefasern	57
5. Neue Rechtslage: Optisch bedrängende Wirkung	58
(1) Historische Entwicklung der optisch bedrängenden Wirkung	58
(a) Die Ursprünge des Konflikts	58
(b) Frühere gerichtliche Entscheidungen	59
(c) Entwicklung der Rechtsprechung im Laufe der 2000er Jahre	59
(2) Vertiefung der alten Rechtslage	59
(a) Die Herausforderungen der Einzelfallprüfung	59
(b) Die Rechtsprechung und ihre Rolle in der alten Rechtslage	60
(c) Probleme der alten Rechtslage: Rechtsunsicherheit und verzögerte Genehmigungsverfahren	60
(3) Die neue Rechtslage: Einführung des § 249 Abs. 10 BauGB	61
(a) Zielsetzung der Neuregelung	61
(b) Kernpunkte der Neuregelung	61
(c) Ausnahmen und atypische Fälle	61
(d) Auswirkungen der Neuregelung auf Planungs- und Genehmigungsverfahren	61
(e) Beispiele für erste Umsetzungen der Neuregelung	62

(4) Vertiefter Vergleich: alte und neue Rechtslage, Paradigmenwechsel ..	62
(a) Planungsunsicherheit in der alten Rechtslage	62
(b) Verbesserte Planungs- und Rechtssicherheit in der neuen Rechtslage	62
(c) Detaillierte Analyse der Veränderungen in der Rechtsprechung ...	63
6. Denkmalschutz	63
(1) Rechtlicher Rahmen des Denkmalschutzrechts und genehmigungspflichtige Maßnahmen	63
(2) Begriffsbestimmung im Denkmalschutz	64
(3) Genehmigungspflichtige Maßnahmen im Denkmalschutz	64
(4) Umgebungsschutz und Windenergie – Beurteilungsmaßstab und Prüfung	65
(5) Abwägung und kategorienadäquate Betrachtung im Denkmalschutz ..	65
(6) Exkurs: Archäologie und Denkmalschutz	65
(7) Aktuelle Rechtsprechung und Entscheidungen zum Denkmalschutz ..	65
(8) Zusammenfassung	66
7. Luftverkehr	67
8. Funk und Radar	70
9. Seismologie	73
10. Bundeswehr und militärischer Flugbetrieb	73
(1) Der militärische Flugbetrieb und seine Relevanz im Rahmen des § 18a LuftVG	73
(2) Der Anwendungsbereich des § 18a LuftVG im militärischen Kontext	73
(3) Verteidigungspolitischer Beurteilungsspielraum	74
(4) Hubschraubertiefflugstrecken und Tieffluggebiete	74
(5) Militärische Flugsicherungsradare und ihre rechtliche Behandlung ...	75
(6) Problematik der bedarfsgerechten Abschaltung	75
(7) Das Übungsgebiet POLYGONE und seine rechtliche Einordnung ...	76
(8) Weitere militärische Hemmnisse	76
(9) Minimum Vectoring Altitude (MVA) – Rechtliches Regelungsinstrumentarium auf europäischer Ebene und nach der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)	76
(a) Rechtliche Grundlagen auf europäischer Ebene	76
(b) Regelungen nach der ICAO	77
(c) Unterschiedliche Anwendung in Europa und die Besonderheit Deutschlands	77
(d) Schlussfolgerung	78
Kapitel 3: Planungsrecht auf Landesebene	78
I. Einführung: Genese der Planungssystematik- von der Konzentrationsflächenplanung zum „Osterpaket“	79
II. Gesetzliche Regelungen der Länder, Landesplanungsgesetze	84
1. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	84
2. Zuständigkeit des Bundes für die beschriebenen Regelungen	84
III. Feststellung des Erreichens der Flächenziele und Folgen der Zielverfehlung .	87
IV. (Landesplanungs-)Gesetze und Landesentwicklungspläne	88
1. Baden-Württemberg	89
2. Freistaat Bayern	92
3. Berlin	94
4. Brandenburg	95
5. Landesplanungsvertrag (LplV) und Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)	96

Inhaltsverzeichnis

6. Bremen	97
7. Hamburg	97
8. Hessen	97
9. Mecklenburg-Vorpommern	99
10. Niedersachsen	104
11. Nordrhein-Westfalen	107
12. Rheinland-Pfalz	113
13. Saarland	114
14. Sachsen	115
15. Exkurs 1: Abweichungszulassung von § 13 BImSchG umfasst?	119
16. Exkurs 2: Die Vorprüfung nach § 8 Abs. 2 ROG	121
17. Sachsen-Anhalt	123
18. Schleswig-Holstein	124
19. Freistaat Thüringen	126
V. Regionalpläne	127
VI. Bauleitpläne	131
Kapitel 4: Sonstige planerisch verortete Vorgaben	133
I. Gesicherte Erschließung; Straßenrecht	133
II. Rückbauverpflichtung	135
Kapitel 5: Zulassungsrecht (BImSchG)	137
I. Überblick	139
1. Genehmigungspflichtige Anlagen nach dem BImSchG	139
2. Antragsgegenstand	139
3. Verfahrensarten	140
4. Vorbescheid (§ 9 BImSchG)	141
5. Inhalt und Umfang der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung	142
II. Verhältnis von Planungs- und Zulassungsrecht	143
1. Zielsetzung	143
2. Genehmigungsverfahren	143
3. Beschleunigungsgebiete, Gesetzesentwurf zur Umsetzung von RED III	143
III. Verfahrensablauf	145
1. Förmliches Verfahren	145
2. Antragsstellung	146
(1) Antragsteller im förmlichen Verfahren	146
(2) Antragsinhalt	147
(3) Beizufügende Unterlagen	147
(4) Antragsform	148
(5) Vollständigkeitsprüfung	149
(a) Prüfung der Unterlagen	149
(b) Ergänzung der Unterlagen	150
3. Öffentliche Bekanntmachung	150
(1) Zeitpunkt	150
(2) Folgen fehlender Bekanntmachung	151
(3) Inhalt	151
4. Behördenbeteiligung	151
(1) Abgrenzung zu verwaltungsinternen Zustimmungen	152
(2) Koordinierung selbstständiger Zulassungsverfahren	152
5. Erörterungstermin	153
(1) Teilnehmer	154

(2) Terminierung	154
(3) Verlauf	154
6. Behördliche Entscheidung	155
(1) Inhalt des Genehmigungsbescheids	155
(2) Entscheidungsfrist	156
(3) Bekanntgabe der Genehmigung	156
IV. Vereinfachtes Verfahren	156
1. Nicht anwendbare Vorschriften	157
2. Übriger Verfahrensablauf	157
3. Einflussmöglichkeiten des Antragstellers	158
V. Verfahrensbeschleunigung	158
1. Beratung durch die Behörde	158
2. Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung	159
VI. Änderungen und Repowering	160
1. Änderungen	160
2. Repowering	160
VII. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei Windenergieanlagen	161
1. Einführung	161
2. Aktuelle Entwicklungen	162
(1) Verzicht auf UVP für Vorbescheid gem. § 9 Abs. 1a S. 3 BImSchG ..	162
(2) Wegfall der UVP-Pflicht nach dem WindBG sowie RED III	163
3. Die UVP-Pflichtigkeit bei Windenergieprojekten	164
(1) Einführung	164
(2) UVP-Pflicht bei Neuvorhaben	165
(3) UVP-Pflicht bei Änderungsvorhaben	165
4. Windfarmbegriff	166
(1) Sich überschneidende Einwirkungsbereiche	167
(2) Funktionaler Zusammenhang	168
5. Die UVP-Vorprüfung	169
(1) Allgemeine Vorprüfung	170
(2) Standortbezogene Vorprüfung	171
6. Durchführung der UVP	172
Kapitel 6: Materielles Baurecht	174
I. Bauordnungsrecht	174
1. Überblick über bauordnungsrechtliche Regelungen	174
2. Regelungskern des Bauordnungsrechts	175
3. Genehmigungsverfahren bei Windenergieanlagen	175
(1) Genehmigung nach BImSchG	175
(2) Baugenehmigung nach Bauordnungsrecht	176
4. Genehmigungsfreiheit und materielle Baurechtmäßigkeit	176
II. Einzelfälle	177
1. Brandschutz	177
2. Abstandsflächen	180
3. Eiswurf und Eisfall	182
4. Statik	184
Kapitel 7: Natur- und Artenschutzrecht	186
I. Planungsebene	187
1. Windenergiegebiete nach § 2 Nr. 1 WindBG	187
(1) Abarbeitung des Artenschutzes auf Planungsebene	187
(2) FFH-Verträglichkeitsprüfung	189

Inhaltsverzeichnis

(3) Landschaftsschutzgebiete	190
(4) Sonstige Schutzgebiete	190
2. Beschleunigungsgebiete	191
II. Genehmigungsebene	192
1. Artenschutzrecht	192
(1) Anlagenstandort in einem (reinen) Windenergiegebiet nach § 2 Nr. 1 WindBG	194
(a) Voraussetzungen	194
(b) Rechtsfolge: Modifizierte Artenschutzprüfung	195
(2) Anlagenstandort in einem Beschleunigungsgebiet nach den Vorgaben der RED III	198
(3) Anlagenstandort außerhalb eines Windenergie- oder Beschleunigungsgebiets	199
(a) Zeitlicher Anwendungsbereich des § 45b BNatSchG	199
(b) Sachlicher Anwendungsbereich des § 45b BNatSchG	199
(c) Nahbereich (§ 45b Abs. 2 BNatSchG)	200
(d) Zentraler Prüfbereich (§ 45b Abs. 3 BNatSchG)	201
(e) Erweiterter Prüfbereich (§ 45b Abs. 4 BNatSchG)	201
(f) Außerhalb des erweiterten Prüfbereichs (§ 45b Abs. 5 BNatSchG)	202
(g) Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (§ 45 Abs. 6 BNatSchG)	202
(h) Ausnahmeprüfung (§ 45b Abs. 8 und 9 BNatSchG)	203
2. FFH-Verträglichkeitsprüfung	206
(1) Anlagenstandort in einem (reinen) Windenergiegebiet nach § 2 Nr. 1 WindBG	206
(2) Anlagenstandort in einem Beschleunigungsgebiet nach den Vorgaben der RED III	206
3. Sonstige Schutzgebiete	206
(1) Landschaftsschutzgebiete	206
(2) Naturschutzgebiete, Nationalparke	207
4. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	207
(1) Baubedingte Beeinträchtigungen	207
(2) Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts	207
(3) Beeinträchtigung des Landschaftsbilds	208

Teil B. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Kapitel 8: Kommunale Beteiligung	209
I. Zweck und historische Einordnung	209
II. Freiwillige Beteiligung nach dem EEG 2023	210
III. Verpflichtende Beteiligung aus Landesgesetzen	210
1. Gesetzssystematiken	210
2. Verfassungsrechtlicher Aufriss	211
3. Keine Erstattung durch Netzbetreiber	212
4. Öffnungsklauseln; individuelle Beteiligungsmodelle	212
IV. Beteiligungsformen	214
V. Übersicht zu Beteiligungsgesetzen der Länder	217

Kapitel 9: Typische Vertragsformen bei Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen	219
I. Allgemeine Vertragsgestaltung	219
II. Grundstücksbezogene Verträge	224
1. Miet-/Pachtverträge	224
2. Sonstige Vereinbarungen, insbesondere mit Landwirtschaftsbezug	226
III. Formelle Voraussetzungen	227
1. Schriftform	227
(1) Voraussetzungen der Schriftform	228
(a) Bestimmtheit und Vertretungsverhältnisse	229
(b) Angebot und Annahme	230
(c) Vertragsgegenstand und Anlagen	230
(d) Vertragsbeginn und Vertragslaufzeit	231
(e) Reservierungsregelungen	233
(f) Nachträge	234
(g) Vereinbarungen zum Repowering	234
(2) Neue Rechtslage durch Bürokratieentlastungsgesetz IV	235
(3) Textform	236
(4) Exkurs: Sittenwidrige Nutzungsverträge	237
2. Notarielle Form; Dienstbarkeiten	239
(1) Notarielle Form	239
(2) Dienstbarkeiten	239
Kapitel 10: Sachenrecht	241
I. Eigentumsübergang kraft Gesetzes (§§ 93, 94, 95 BGB)	241
II. Grundstückskaufverträge und Dienstbarkeiten, insbesondere Vollmachten ..	242
1. Grundstückskaufverträge	242
2. Dienstbarkeiten	244
3. Vollmachten	245
III. Beleihungen	246
Kapitel 11: Inanspruchnahme von Grundstücken der öffentlichen Hand (§§ 11a und 11b EEG 2023)	247
I. Allgemeine rechtliche Möglichkeiten	247
1. Privateigentümer	247
(1) Notwegerecht nach § 917 BGB	247
(2) Anspruch aus § 242 BGB	248
2. Eigentum der öffentlichen Hand	248
II. Überblick zu den gesetzlichen Duldungspflichten	250
III. Duldungspflicht zur Leitungsverlegung (§ 11a EEG 2023)	251
1. Inhalt der Duldungspflicht, Dauer, Berechtigte und Verpflichtete	251
2. Ausschluss bei Unzumutbarkeit, Kleinanlagen, Landesverteidigung	251
3. Vergütung, Nebenpflichten (§ 11a Abs. 2 und 3 EEG 2023)	252
4. Sonderregeln für öffentliche Verkehrswege (§ 11a Abs. 6 EEG 2023) ...	253
5. Möglichkeit ergänzender und abweichender vertraglicher Regelungen ..	254
IV. Recht zur Überfahrt während der (Rück)Bauphase (§ 11b EEG 2023)	255
Kapitel 12: Übertragung von Projekten oder Projektrechten, Verträge im laufenden Betrieb	256
I. Kooperationen, kartellrechtliche Fragen	257
1. Notwendigkeit für Kooperationen	257

Inhaltsverzeichnis

2. Arten von Kooperationsverträgen	258
(1) Stillhaltevereinbarung („Nichtstun“)	258
(2) Projektrechteverkauf	259
(3) Projektrechtetausch	259
(4) Gemeinsame Projektentwicklung	259
(a) Schuldrechtlich	259
(b) Gesellschaftsrechtlich	261
3. Wesentliche Regelungen der Kooperationsvereinbarung	262
(1) Finanzierung	262
(2) Corporate Governance/Mitspracherechte	262
(3) Beendigung der Kooperation	263
(4) Kartellrechtliche Erwägungen	264
II. Projektrechteankauf	264
1. Gegenstand	264
2. Wesentliche Regelungen	265
3. Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	266
III. Exitverträge	266
1. Einleitung	266
2. Asset Deal	267
(1) Wesentliche Regelungen	268
(2) Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	271
3. Share Deal	271
(1) Wesentliche Regelungen	271
(2) Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	272
4. Exkurs: Gründe für Asset Deal oder Share Deal	272
IV. Projektentwicklungsverträge	274
1. Gegenstand	274
2. Wesentliche Regelungen	275
3. Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	275
V. Lieferverträge	276
1. Gegenstand	276
2. Wesentliche Regelungen	276
3. Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	278
VI. Errichtungsverträge	278
1. Generalübernehmervertrag „GÜV“	278
(1) Gegenstand	278
(2) Wesentliche Regelungen	280
(3) Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	283
2. EPCM	283
(1) Gegenstand	283
(2) Wesentliche Regelungen	285
(3) Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	286
VII. OM-Verträge	286
1. Gegenstand	286
2. Wesentliche Regelungen	287
3. Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	288
VIII. Andienungsvereinbarungen	289
1. Gegenstand	289
2. Wesentliche Regelungen	289
3. Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	290
IX. Abschattungs- und Drosselungsvereinbarung	290
1. Abschattungsvereinbarung	290
(1) Gegenstand	290

(2) Wesentliche Regelungen	290
(3) Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	290
2. Drosselvereinbarung	291
(1) Gegenstand	291
(2) Wesentliche Regelungen	291
(3) Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	291
X. Infrastrukturnutzungsvertrag und Infrastrukturgesellschaften	291
1. Gegenstand	291
2. Wesentliche Regelungen	292
(1) Infrastrukturnutzungsverträge	292
(2) Infrastrukturgesellschaften	293
(3) Dingliche Sicherung der Parkinfrastruktur	293
3. Wesentliche Diskussionspunkte in Verhandlungen	294

Teil C. Wirtschaftliche Verwertung des erzeugten Stroms

**Kapitel 13: Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien
(Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2023) im Überblick** 295

I. Die zwei Säulen des EEG-Fördersystems	296
II. Marktprämienmodell	296
III. Wettbewerbliche Ermittlung der Marktprämie	297
IV. Das Rechtsverhältnis zwischen Anlagen- und Netzbetreiber	298

Kapitel 14: Netzanschluss, Abnahme, Übertragung und Verteilung 299

I. Netzanschluss, Netzausbau sowie technische Vorgaben	299
1. Netzanschluss (§ 8 EEG 2023)	299
(1) Unverzüglich und vorrangig	300
(2) Ermittlung des Netzverknüpfungspunkts	300
(3) Wahlrecht des Anlagenbetreibers, Letztzuweisung durch den Netzbetreiber	301
(a) Wahlrecht nach § 8 Abs. 2 EEG 2023	301
(b) „Cable Pooling“ nach § 8 Abs. 2 S. 2 EEG 2023	302
(c) Letztzuweisungsrecht nach § 8 Abs. 3 EEG 2023	302
(4) Gesetzliche Verfahrensvorgaben, Reservierung von Anschlusskapazitäten	302
(a) Verfahren nach § 8 Abs. 5 und Abs. 6 EEG 2023	302
(b) Durch die Rechtsprechung sanktionierte Reservierungsverfahren .	303
(5) Flexible Netzanschlussvereinbarungen (§ 8a EEG 2023)	304
2. Netzausbau (§ 12 EEG 2023)	305
(1) Netzausbauanspruch (§ 12 Abs. 1 S. 1 EEG 2023)	305
(2) Einwendung der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit des Netzausbaus (§ 12 Abs. 3 EEG 2023)	306
(3) Schadenersatzpflicht (§ 13 EEG 2023)	306
3. Abgrenzung von Netzanschluss und Netzausbau, Kostentragung	307
(1) Kosten für Netzanschluss und Netzausbau (§§ 16 und 17 EEG 2023) .	307
(2) Abgrenzung von Netzanschluss und Netzausbau	308
4. Technische Vorgaben (§§ 9 und 10b EEG 2023)	309
II. Abnahme, Übertragung, Verteilung und Erzeugungsanpassungen	309
1. Abnahme, Übertragung und Verteilung	309
(1) Qualifizierte Pflicht zur Gesamtabnahme: Unverzüglich und vorrangig	309
(2) Ausnahmen der Abnahmeverpflichtung	310

2. Erzeugungsanpassungen	310
(1) Rechtlicher Hintergrund	311
(2) Erzeugungsanpassung nach § 13a EnWG	311
(3) Finanzieller Ausgleich (§ 13a Abs. 2–4 EnWG)	312
Kapitel 15: Marktprämienmodell und Ausschreibungen	312
I. Marktprämienmodell	314
II. Ausschreibungen für Windenergieanlagen	315
1. Leistungsschwellwerte für die Ausschreibungspflicht (§ 22 EEG 2023) ...	315
2. Gebotstermine und Ausschreibungsvolumina (§ 28 EEG 2023)	316
3. Allgemeine Ausschreibungsbedingungen	316
(1) Formalia (§§ 30 und 30a EEG 2023)	316
(2) Gebotssicherheiten und Verfahrensgebühren	317
4. Besondere Gebotsanforderungen für Windenergieanlagen	319
(1) Berechnung der Gebotshöhe in Bezug auf Referenzstandort und Höchstgebote	319
(2) Wirksame BImSchG-Genehmigung und Registermeldung (§ 36 Abs. 1 EEG 2023)	320
(3) Ergänzende Gebotsangaben und Nachweise	321
5. Zuschlagsverfahren – Erhalt der Förderberechtigung (§ 32 EEG 2023) ...	321
6. Ausschluss von Geboten und Bietern	322
(1) Ausschluss von Geboten (§§ 33 und 36c EEG 2023)	322
(2) Ausschluss von Bietern	324
(a) Zwingender beihilfenrechtlicher Ausschluss (§ 34 Abs. 1 EEG 2023)	324
(b) Falsche Angaben bei Gebotsabgabe (§ 34 Abs. 2 Nr. 1 lit. a EEG 2023)	324
(c) Möglicher Ausschluss bei Gebotsabsprachen (§ 34 Abs. 2 Nr. 1 lit. b EEG 2023)	324
(d) Vollständige Entwertung früherer Zuschläge (§ 34 Abs. 2 Nr. 2 EEG 2023)	325
7. Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse (§ 35 EEG 2023)	325
8. Entwertung von Zuschlägen (§ 35a EEG 2023)	326
9. Realisierungsfristen (§§ 36e, 36i und 55 EEG 2023)	327
(1) Grundsätzliche Realisierungsfrist von 36 Monaten (§ 36e Abs. 1 EEG 2023)	327
(2) Verlängerung der Frist auf Antrag (§ 36e Abs. 2 und Abs. 3 EEG 2023)	328
(3) Beginn des Förderzeitraums spätestens 30 Monate nach Zuschlag (§ 36i EEG 2023)	328
(4) Pönalen bei Inbetriebnahme später als 30 Monate nach Zuschlag (§ 55 EEG 2023)	329
10. Verbindung von Zuschlag und Genehmigung (§ 36f EEG 2023)	329
11. Anpassung der Förderung nach Standortgüte („Referenzertrag“) (§ 36h EEG 2023)	330
(1) Grundsatz: Anpassung der Förderung an die Standortqualität (§ 36h Abs. 1 EEG 2023)	330
(2) Regelmäßige Überprüfung der Standortgüte, Korrekturzahlungen (§ 36h Abs. 2 EEG 2023)	331
(3) Standortgutachten als Anspruchsvoraussetzung (§ 36h Abs. 3 EEG 2023)	331
12. Zusatzgebote bei Leistungsupgrades (§ 36j EEG 2023)	332

III. Sonderregeln für Bürgerenergiegesellschaften	332
1. Definition der Bürgerenergiegesellschaft (§ 3 Nr. 15 EEG 2023)	333
(1) Gesellschaft mit mindestens 50 stimmberechtigten natürlichen Personen	333
(2) 75 Prozent der Stimmrechte bei natürlichen Personen mit Regionalbezug	334
(3) Stimmberechtigte nicht-natürliche Personen	334
(a) Kleinunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen	334
(b) kommunalen Gebietskörperschaften sowie deren rechtsfähige Zusammenschlüsse	335
(c) Kommunale Unternehmen	335
(4) Kein Mitglied mit mehr als 10 Prozent der Stimmrechte	336
(5) Zusammenschlüsse und Töchter von Bürgerenergiegesellschaften	336
2. Maximale Anlagengröße von 18 MW	337
3. Entbindung von der Ausschreibungspflicht nach Maßgabe von § 22b EEG 2023	337
(1) Mitteilungspflichten gegenüber der BNetzA (§ 22b Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 EEG 2023)	337
(2) Keine Inbetriebnahme weiterer Windenergieanlagen in den vergangenen drei Jahren	337
(3) Nachweispflicht gegenüber dem Netzbetreiber (§ 22b Abs. 4 EEG 2023)	338
(4) Förderausschluss für weitere Anlagen (§ 22b Abs. 5 EEG 2023)	338
4. Ermittlung des anzulegenden Werts (§ 46 EEG 2023)	339
 Kapitel 16: Das EEG 2023 im laufenden Betrieb	 339
I. Zahlungsabwicklung und Rückforderungen Förderzeitraum, Abschläge, Aufrechnungsverbot (§§ 25 ff. EEG 2023)	340
1. Förderzeitraum (§ 25 EEG 2023)	340
2. Abschlagszahlungen (§ 26 EEG 2023)	340
3. Aufrechnungsverbot (§ 27 EEG 2023)	341
II. Negative Preise, Pönalen, Erstattung von Sicherheiten, Rückforderungen ..	341
1. Negative Preise	341
2. Pönalen	342
3. Erstattung von Sicherheiten und Rückforderungen	343
III. Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten	343
1. Marktstammdatenregister	343
2. Meldung bei der Bundesnetzagentur (BNetzA)	344
3. Meldung beim Verteilnetzbetreiber	345
4. Wiederkehrende Meldepflichten	345
IV. Stromkennzeichnung und Doppelvermarktungsverbot	346
1. Stromkennzeichnung	346
2. Doppelvermarktungsverbot	347
 Kapitel 17: Regelungen für Altanlagen	 348
 Kapitel 18: Eilrechtsschutz und Rechtsschutz bei Ausschreibungen	 349
I. Eilrechtsschutz (§ 83 EEG 2023)	349
1. Im Eilrechtsschutz durchsetzbare Ansprüche (§ 83 Abs. 1 EEG 2023) ...	349
2. Zeitlicher Anwendungsbereich: Vor und nach Anlagenerrichtung?	350

3. Prozessuale Besonderheiten von § 83 Abs. 2 EEG 2023	351
(1) Vermutung für das Vorliegen eines Verfügungsgrundes	351
(2) Kein Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache	351
II. Rechtsschutz bei Ausschreibungen nach § 83a EEG 2023	352
Kapitel 19: Vermarktung von Elektrizität	353
I. Funktionsweise der Strommärkte	354
1. Börsenhandel	354
(1) Spotmarkt	355
(2) Terminmarkt	356
2. OTC-Handel	357
II. Power-Purchase-Agreements (PPA)	357
1. Interessenlage der Parteien	358
2. Diskussionspunkte in der Vertragsgestaltung	359
(1) Preisrisiko und Marktwertisiko	359
(2) Mengenrisiko	360
3. Spielarten von Power-Purchase-Agreements	360
(1) Merchant- bzw. Utility-PPA und Corporate-PPA	361
(2) Physisches Power-Purchase-Agreement	361
(a) On-Site-PPA	362
(b) Off-Site-PPA und Sleeved-PPA	362
(3) Virtuelles Power-Purchase-Agreement	362
(a) Grundsätzliche Funktionsweise	362
(b) Finanzmarktaufsicht	363
4. Rechtlicher Rahmen für Power-Purchase-Agreements	363
(1) Allgemeines Zivilrecht	363
(2) Energiewirtschaftsrecht	364
(a) Power-Purchase-Agreements im EnWG	364
(b) Power-Purchase-Agreements im EEG 2023	365
(c) Umlagen nach dem EnFG und Stromsteuer nach StromStG	366
5. Beginn, Laufzeit und Ende des Power-Purchase-Agreements	366
(1) Beginn und Vertragsvorlaufzeit	366
(2) Rechtliche Grenzen der Laufzeit	367
(a) Laufzeitkontrolle nach AGB-Recht	367
(b) Kartellrechtliche Grenzen	367
(3) Vertragsende und Kündigung	368
6. Lieferprofil und Lieferausfälle	368
(1) Lieferprofil	369
(2) Lieferausfälle	369
7. PPA-Preisklauseln	370
(1) Festpreisvereinbarung	370
(2) Variable Vergütungsabreden	371
8. Preisbildung bei Power-Purchase-Agreements	372
9. Preis- und Vertragsanpassungsklauseln	373
(1) Preisvorbehaltsklauseln	374
(2) Vertragsanpassungs- und Wirtschaftlichkeitsklauseln	375
10. Umgang mit negativen Preisen	375
11. Weitere Abreden	375

**Teil D. Rechtliche Rahmenbedingungen, Errichtung und Betrieb
von Offshore-Windenergieanlagen im deutschen Recht**

Kapitel 20: Einführung und rechtliche Rahmenbedingungen	377
I. Bedeutung der Offshore-Windenergie	377
II. Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland	378
III. Internationale und EU-rechtliche Rahmenbedingungen	378
1. Übereinkommen der Vereinten Nationen über das Seerechtsübereinkommen (UNCLOS)	379
2. EU-Richtlinien und -Verordnungen	379
(1) RL 2009/28/EG, RL (EU) 2018/2001 und RL (EU) 2023/241 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED I, RED II und RED III)	380
(2) Notfall-Verordnung	382
(3) Meeresstrategie-Rahmen-RL	383
(4) RL 2014/89/EU zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumordnung	384
IV. Nationale rechtliche Rahmenbedingungen	384
1. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	384
2. Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (WindSeeG)	385
3. Flächenentwicklungsplan (FEP)	386
4. Netzentwicklungsplan (NEP)	388
5. Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)	389
6. Raumordnungsgesetz (ROG)	391
7. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	391
Kapitel 21: Planungs- und Zulassungsverfahren	393
I. Raumordnungsverfahren	394
1. Maritimer Raumordnungsplan nach § 17 ROG	394
2. Landesplanerische Vorgaben	395
II. Ausschreibungs- und Zulassungsverfahren nach dem WindSeeG	396
1. Ausschreibungs- und Zuschlagsverfahren	396
2. Zulassungsverfahren im WindSeeG 2023	399
(1) Zulassungsverfahren für zentral voruntersuchte Flächen nach dem WindSeeG	400
(2) Zulassungsverfahren für nicht zentral voruntersuchte Flächen	402
3. Realisierungsbeginn und vorläufige Anordnung	403
4. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	404
(1) Gang des Verfahrens, Beteiligung der Öffentlichkeit	405
(2) Wegfall der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 72a WindSeeG	405
Kapitel 22: Bau und Betrieb von Offshore-Windenergieanlagen	407
I. Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Umweltauswirkungen	407
II. Betriebsrechtliche Anforderungen	408
III. Sicherheitsvorschriften	409
IV. Überwachungs- und Wartungspflichten	410

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 23: Netzanbindung und Netzintegration	410
I. Verpflichtung zur Netzanbindung	411
II. Durchsetzung der Umsetzung	412
III. Kosten und Finanzierung der Netzanbindung	413
IV. Haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte bei der Offshore- Windenergie	414
1. Haftung für Umweltschäden – während der Bauphase und im Betrieb ...	414
2. Haftung für Betriebsschäden und Unfälle – im Bau und im Betrieb	415
3. Versicherungsanforderungen und -lösungen	416
V. Wirtschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen	417
1. Fördermechanismen und Vergütungssysteme	417
2. Nutzungsentgelte	418
3. Finanzierungsmöglichkeiten und -modelle	418
4. Ausblick, Förderung und Vermarktung	420
5. Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Risikoanalysen	420
VI. Zukunftsperspektiven und Herausforderungen	421
1. Technologische Entwicklungen und Innovationen	421
2. Potenzialanalyse und Ausbauziele	421
3. Herausforderungen und Lösungsansätze	422
 Sachverzeichnis	 423